

Suche

GO

[FAZJOB.NET](#); [FAZFINANCE.NET](#)
[Mein FAZ.NET](#); [Login](#)

[Märkte](#); [F.A.Z.-Archiv](#); [e-paper](#); [Abo](#); [Blogs](#); [Services](#)

Frankfurter Allgemeine
FAZ.NET

[22. Mai 2009](#)



[Home](#)[Politik](#)[Wirtschaft](#)[Feuilleton](#)[Sport](#)[Gesellschaft](#)[Finanzen](#)
[Reise](#)[Wissen](#)[Auto](#)[Computer](#)[Beruf & Chance](#)[Kunstmarkt](#)[Immobilien](#)[Rhein-Main](#)

[Aktuell](#)[Wirtschaft](#)[Wirtschaftswissen](#)

Artikel-Services

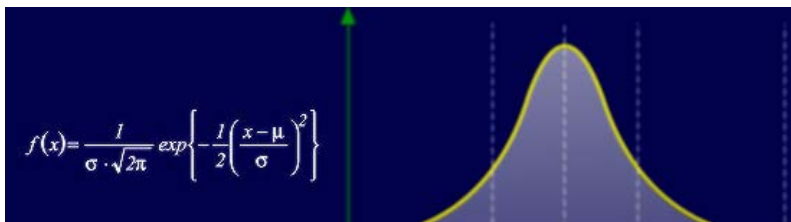
Wirtschaftswissenschaften

Quo vadis, Ökonomik?

Von Christoph M. Schmidt und Nils aus dem Moore

21. Mai 2009 Die zur Weltrezession ausgeweitete amerikanische Finanzmarktkrise setzt im öffentlichen Diskurs auch die Wirtschaftswissenschaften unter Legitimationsdruck. In Deutschland hat diese Selbstvergewisserung über Grundannahmen, Forschungsfragen und die zu ihrer Beantwortung eingesetzten Methoden jedoch einen merkwürdigen Sonderweg eingeschlagen: Unter dem Slogan „Austrocknung der Ordnungspolitik“ ist ein Streit über die angemessene Behandlung von Fragen der Wirtschaftspolitik ausgebrochen.

Dabei geht es um die allgemeine Tendenz deutscher Wirtschaftsfakultäten, bei der Neuausrichtung nicht länger den im deutschen Sprachraum lange üblichen Dreiklang „Wirtschaftstheorie – Wirtschaftspolitik – Finanzwissenschaft“, sondern zunehmend den international vorherrschenden, angelsächsisch geprägten Dreiklang „Mikroökonomik – Makroökonomik – Ökonometrie“ zu verfolgen.



Die quantitativ orientierte Forschung ist keineswegs blind für institutionelle Details

In der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise erblicken die Hüter des Status quo ante offenbar eine große Chance, um medienwirksam den „Bankrott der Ökonomen“ (Karen Horn), das „Waterloo der Ökonomik“ (Michael Hüther) oder die „Wertlosigkeit“ (Hans Willgerodt) der modernen Volkswirtschaftslehre auszurufen und auf dieser Basis für die Renaissance der Ordnungsökonomik an deutschen Fakultäten zu trommeln. Der Mainstream-Ökonomik wird dabei der Vorwurf gemacht, sie trage „als Wegbereiter der Politik eine gehörige Mitschuld daran, dass es so weit hat kommen können“, denn „wissenschaftliche Selbstüberschätzung und politischer Machbarkeitswahn sind im modernen Mainstream der Ökonomie eine unheilvolle Allianz eingegangen“. Inhaltlich spitzt sich die Kontroverse auf die Frage zu, ob in der modernen Wirtschaftswissenschaft, die mittlerweile in den deutschen Universitäten dominiert, zu viel Mathematik und zu wenig das Denken in großen Zusammenhängen verfolgt wird (siehe [Debatte: Wie viel Mathe braucht die Wirtschaftswissenschaft?](#)).

Die Diskussion geht jedoch genau an dieser Stelle völlig ins Leere, da es diesen Gegensatz bei genauerem Hinsehen gar nicht gibt. Das Denken in großen Zusammenhängen ist in der Tat nach wie vor eine der größten Herausforderungen für die Disziplin, denn einzelwirtschaftliche Analyse allein kann die Fragen nach dem besten ordnungspolitischen Rahmen und nach der angemessenen Form staatlicher Eingriffe ins Wirtschaftsgeschehen nicht ersetzen. Diese Aufgabe lässt sich jedoch nicht dadurch meistern, dass man auf die Vorzüge verzichtet, die aus der in den vergangenen Jahrzehnten erfolgten Mathematisierung des Fachs zu schöpfen sind.

Die Mathematik zwingt zur Konsistenz

Was macht die moderne Wirtschaftsforschung aus? Im Wirtschaftsleben fügen sich die Wünsche, Entscheidungen und Handlungen unterschiedlichster Akteure in ein komplexes Ganzes. Ihr Zusammenspiel lässt sich ohne ein mathematisch-formales, modellgestütztes Vorgehen

nur selten zufriedenstellend analysieren. Das gilt gleichermaßen für die theoretische Analyse wie für die empirische Wirtschaftsforschung oder die angewandte Ökonometrie. Erst die Mathematik zwingt der theoretischen Analyse in komplexen Zusammenhängen die Disziplin auf, inhaltlich konsistent zu argumentieren, und sie legt der empirischen Forschung jene wissenschaftliche Bescheidenheit nahe, die einer weitgehend nichtexperimentellen Vorgehensweise angemessen ist.

Die Ökonometrie benötigt man in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vor allem deswegen, weil Ökonomen in der Regel empirische Belege für und wider ihre theoretischen Argumente nicht im Labor sammeln können. Die Herausforderung besteht darin, nichtexperimentell erhobenes Datenmaterial so auszuwerten, dass die wissenschaftliche Qualität der Antwort derjenigen des nicht durchführbaren „idealen“ Zufallsexperiments nahe kommt. Das Vorbild dieser Methoden sind Experimente, wie man sie aus der klinischen Forschung kennt. Dabei werden die Teilnehmer nach dem Zufallsprinzip in zwei Gruppen aufgeteilt, die entweder das Medikament oder ein Placebo erhalten. Systematische Abweichungen im Krankheitsverlauf zwischen der Behandlungs- und der Kontrollgruppe sind dann ein Beleg für den kausalen Effekt des neuen Wirkstoffs. Ökonomen imitieren diese Logik, um im komplexen Wirtschaftsgeschehen die Wirkungen politischer Maßnahmen zu identifizieren.

Können Langzeitarbeitslose durch aktive Arbeitsmarktpolitik wieder ins Erwerbsleben integriert werden? Kehren Mütter durch das neue Elterngeld schneller in den Beruf zurück? Verschlechtert die Privatisierung eines Krankenhauses die Versorgungsqualität der Patienten? Auf diese und viele andere Fragen, bei denen das Interesse der Wirtschaftspolitik nicht nur, aber vor allem in der quantitativen Dimension des erforschten Problems liegt, können ordnungspolitische Grundsatzüberlegungen keine Antwort geben. Aber selbst für ein Grundsatzurteil etwa über die Frage, welche Rolle die verschiedenen Träger im deutschen Gesundheitswesen spielen sollten, ist heute die empirische Fundierung unabdingbar, wenn das Argument sich anschließend in der unvermeidlichen Auseinandersetzung zwischen Politik, Verbänden und privatwirtschaftlichen Akteuren behaupten können soll. Für Gesellschaften, die dem Erbe der Aufklärung folgen und sich bei Entscheidungen nicht an religiösen Dogmen oder ideologischen Vorhaben orientieren wollen, gibt es daher keine sinnvolle Alternative zur evidenzbasierten Politik.

Die VWL ist heute so praxisbezogen wie noch nie

Dabei sind sich moderne (empirische) Wirtschaftsforscher, wenn sie ihr Handwerk verstehen, über eines völlig klar: Nicht alles, was in Formeln gekleidet und in Zahlen ausgedrückt ist, beflügelt das Verständnis. Eine gelungene ökonomische Modellierung betont die grundlegenden Zusammenhänge und schließt irrelevante Aspekte aus der Betrachtung aus. Für die ökonomische Theorie wie für die empirische Analyse gilt dabei gleichermaßen, so einfach wie möglich und so komplex wie nötig vorzugehen: Gute Wissenschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sie dabei die richtige Balance findet, nicht dadurch, dass sie durch formales „Muskelspiel“ möglichst viele vom Verständnis ausschließt. Weder für eine zu geringe Sparsamkeit noch für das Vernachlässigen relevanter Aspekte kann es eine Entschuldigung geben. Die quantitativ orientierte Forschung ist daher keineswegs blind für institutionelle Details, wie oft unterstellt wird, im Gegenteil: Für den empirischen Wirtschaftsforscher sind institutionelle Faktoren nicht zuletzt eine wichtige Quelle für Variation in den jeweiligen Daten, ihre Kenntnis und Berücksichtigung ist daher unabdingbare Voraussetzung bei der Formulierung eines überzeugenden Forschungsdesigns.

Der entscheidende Gradmesser für gute Forschung ist somit immer, wie gut sie die inhaltliche Fragestellung adressiert, nicht die Frage, ob ein Forscher komplexe Methoden anwenden kann. Die aus ordnungspolitischer Warte vorgebrachte Kritik an der Formalisierung von Theorien und ihrer empirischen Überprüfung mit Hilfe quantitativer Verfahren beruht angesichts der beschriebenen Wissenschaftspraxis auf einer stark selektiven Wahrnehmung der gegenwärtigen Mainstream-Ökonomik. Natürlich gibt es Theoretiker, die wie von Viktor Vanberg beklagt den „Formalisierungssehnsucht“ auf die Spitze treiben und sich in den artifiziellen Welten ihrer Modelle verlieren, ebenso wie Empiriker, die vom „Quantifizierungssehnsucht“ getrieben ihre Forschungsfragen einzig und allein an der Verfügbarkeit verwertbarer Daten ausrichten. Doch das Gesamtbild ist ein völlig anderes. Noch nie waren große Teile der ökonomischen Forschung so praxisbezogen und mit ihrer Arbeit im realen Leben verwurzelt wie heute.

Zu dieser Entwicklung haben gerade Formalisierung und Quantifizierung maßgeblich beigetragen: Weil formale Modelle in der Regel zu überprüfbareren Hypothesen führen, können ihre Aussagen häufig mit empirischen Methoden in der realen Welt getestet werden. Mathematisierung und Realitätsbezug sind insofern keine Gegensätze, sie bedingen sich in der empirischen Wirtschaftsforschung geradezu gegenseitig: Nur wer über die entsprechenden statistischen Verfahren verfügt, kann in der vielschichtigen ökonomischen Realität relevante Zusammenhänge erkennen oder die spezifischen Auswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen ermitteln. Die bei vielen Anhängern der Ordnungsökonomik zu beobachtende Aggressivität gegenüber der Mathematik ähnelt insofern dem Verhalten eines Leseschwachen im Restaurant, der sich immer die Speisekarte vorlesen lässt, weil er vermeintlich die Brille nicht dabei hat. Hier äußert sich ein weitgehendes Unverständnis für die Entwicklungen, welche die Wirtschaftswissenschaften in den vergangenen Jahrzehnten genommen haben, vor allem aber eine gewisse Ohnmacht gegenüber neuen Methoden und Ansätzen.

Frustration einer scheidenden Generationen von Professoren

Völlig verfehlt ist auch das Gleichsetzen von Ökonometrie und Planwirtschaft, wie Willgerodt es unterstellt. Das Gegenteil ist richtig: Die moderne empirische Wirtschaftsforschung weigert sich zu Recht, der Gültigkeit „kausal-theoretischer Überlegungen“ blind zu vertrauen, sondern sucht nach empirischen Strategien, um Belege für Ursachen und ihre Wirkungen zu sammeln. Es ist ihr daher sehr bewusst, dass ihr Erkenntnisobjekt einen eigenen Willen hat, dass die Ökonomik, wie Vanberg zu Recht betont, „keine zweite Physik“ ist, sondern es sich bei der Volkswirtschaftslehre um eine Wissenschaft handelt, die sich mit menschlichem und daher nicht vollständig vorherzusagendem Verhalten beschäftigt (siehe [Die Ökonomik ist keine zweite Physik](#)). Unter dem Stichwort der „Heterogenität“ hat gerade das Wechselspiel von Mikroökonomie und Mikroökonomie unser Verständnis dafür gestärkt, dass oft nicht durchschnittliches Verhalten entscheidend ist, sondern die individuellen Abweichungen davon und der Blick auf Aggregate daher in die Irre führen kann. Natürlich liegen vor dem Hintergrund dieser Komplexität numerische Prognosen häufig sehr daneben. Wie man diesem Problem beikommen will, indem man weiterhin nur vage mündliche Beschreibungen der möglichen Entwicklungen anbietet, muss jedoch schleierhaft bleiben.

Die Kontroverse um die (fehlende) Zukunft der Ordnungspolitik an deutschen Universitäten hat ihre Wurzeln offensichtlich auch in der wohl in allen wissenschaftlichen Disziplinen und zu allen Zeiten mehr oder weniger scharf zutage tretenden Frustration scheidender Generationen von Professoren über die Art und Weise, wie ihre Nachfolger „ihr“ Fach vertreten. Ein Teil dieser Frustration speist sich offenbar aus einem Gefühl,

dass die eigenen Leistungen der Vergangenheit allzu schnell in Vergessenheit geraten sind und nicht (mehr) hinreichend gewürdigt werden. Dies wäre zwar menschlich schwer verzeihlich, könnte aber zweifellos behoben werden, ohne dass jüngere Fachkollegen die Fortschritte der Disziplin verleugnen und wirtschaftswissenschaftliche Forschung in der vom Stand der Erkenntnis überholten Art ihrer Vorväter durchführen müssten. Auch in den Wirtschaftswissenschaften können Spitzenforscher heute nur deshalb ihre Erfolge erringen, weil sie auf den Leistungen ihrer Vorgänger aufbauen, und auch sie müssen wissen, dass die Zeit und die Entwicklung ihres Faches sie irgendwann überholen werden.

Den Altvordern Respekt und die verdiente Anerkennung entgegenzubringen ist eine Selbstverständlichkeit. So ist sicherlich die Einschätzung zutreffend, dass die Ratschläge der Ordnungspolitik für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg von allergrößter Bedeutung waren. Wie Willgerodt richtig feststellt, waren zwar damals das Massenelend und das lang anhaltende Fehlen persönlicher Freiheit offensichtlich, aber keineswegs die wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen daraus. Es kann kaum hoch genug gewürdigt werden, dass der Aufbau der Bundesrepublik auf dem Fundament einer freiheitlichen, marktorientierten Wirtschaftsordnung erfolgte, trotz der damals offenbar sehr großen Skepsis der Bevölkerung und weiter Teile der geistigen Elite gegenüber einer Wirtschaft mit unregelmäßigen Preisen und von den einzelnen Akteuren dezentral geplanten wirtschaftlichen Aktivitäten. Die gewaltige Erfolgsgeschichte, die aus dieser Grundsatzentscheidung erwachsen ist, wird insbesondere im Kontrast zum wirtschaftlichen Versagen des Gegenentwurfs der DDR sichtbar, das zu deren Bankrott führte.

Fachaufsätze müssen nicht für jeden Praktiker verständlich sein

In der Tat ist es, was die Mahner zu mehr ordnungspolitischen Denken offenbar stark bewegt, äußerst bedenklich, dass der über sechs Jahrzehnte Bundesrepublik Deutschland so beispiellos gewachsene individuelle Wohlstand zumindest erheblich dazu beigetragen hat, dass Themen wie individuelle Freiheit, individuelle Verantwortung im politischen Prozess und Bekenntnis zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung im Bewusstsein der Bevölkerung an Bedeutung verloren haben und zur Selbstverständlichkeit oder gar zu einer vermeintlichen Belastung mutiert sind. Vor allem muss man der intellektuellen Elite des Landes wohl unterstellen, dass sie sich weitgehend verweigert hat, ökonomische Sachverhalte in hinreichender Weise als Teil eines umfassenden Bildungsbegriffs zu verstehen. Es mutet wie eine Satire an, dass in Europas größter Volkswirtschaft eine führende Qualitätszeitung noch im vergangenen Herbst der sich ausbreitenden Weltwirtschaftskrise unter der Überschrift „Humboldt und die Konjunktur“ die Frage stellen musste: „Ist die Ökonomie eine Spezialwissenschaft oder gehört sie zur Allgemeinbildung?“

Die richtige Antwort auf diese Defizite in der ökonomischen Bildung besteht aber nicht darin, an deutschen Universitäten Reservate einzurichten oder zu erhalten, an denen dann die Traditionspflege der deutschen Schule der Ordnungspolitik betrieben werden kann. Das damit fast zwangsläufig verbundene Schmoren im eigenen Saft und die immanente Tendenz zur Beschränkung auf Publikationen in deutscher Sprache können in einer Zeit, in der nicht nur die Wirtschaftswissenschaft, sondern auch und vor allem die reale Wirtschaftspolitik durch internationale Interaktionen geprägt sind, nur in Irrelevanz und Isolation führen. Nicht ganz zu Unrecht werfen viele junge Wirtschaftswissenschaftler der Generation ihrer akademischen Lehrer vor, zu ihrer Zeit den internationalen Wettbewerb unzureichend gesucht zu haben. Zum Glück haben sich die Beteiligung deutscher Forscher an der internationalen Forschung und die Wahrnehmung deutscher Ökonomen im Ausland in den vergangenen zwanzig Jahren deutlich verbessert.

Die Beteiligung am internationalen Erkenntniswettbewerb ist dabei gerade auch für jene Volkswirte von zentraler Bedeutung, die sich in der Politikberatung engagieren: Nur die „scientific community“ kann die Qualität von Forschungsergebnissen bewerten, ein besseres Verfahren als das anonyme, ohne Kenntnis des Autors durchgeführte Begutachtungsverfahren durch qualifizierte Fachkollegen gibt es nicht. Es ist ein gravierendes Missverständnis, dass ökonomische Veröffentlichungen in referierten und in ihrer Mehrzahl englischsprachigen Fachzeitschriften für Praktiker und Politiker unmittelbar verständlich sein müssten. (Übrigens eine Forderung, die niemand ernsthaft an andere Wissenschaften von großer sozialer und politischer Relevanz adressieren würde.) Diese Publikationen dienen der Qualitätskontrolle des Wissenschaftlers, der seine Beratung deutscher Politiker natürlich in deutscher Sprache und mit einem Höchstmaß an Verständlichkeit zu liefern hat – etwas anderes wird von den Auftraggebern von Gutachten auch gar nicht akzeptiert.

Der Dreiklang muss lauten: Mikroökonomik - Makroökonomik - Ökonometrie

Die Volkswirtschaftslehre als akademische Disziplin an deutschen Universitäten ist daher gut beraten, sich am angelsächsisch geprägten Dreiklang „Mikroökonomik – Makroökonomik – Ökonometrie“ zu orientieren – als unabdingbarem Grundgerüst der modernen Ökonomik. In jeder der drei Grunddisziplinen werden auch wirtschaftspolitische Fragen adressiert, als Ausgangs- und Zielpunkt theoretischer Modelle ebenso wie als Anwendungskontext der empirischen Wirtschaftsforschung. Darauf aufbauend bieten die führenden Fakultäten einen breiten Kanon an vertiefenden Disziplinen an, von Arbeitsmarkt-, Industrie-, Umwelt- und Entwicklungsökonomik über Finanzwissenschaft und Politische Ökonomie bis hin zu Wirtschafts- und Ideengeschichte. Auf dieser Basis ausgebildete Ökonomen beherrschen die Grundlagen ihres Faches, und sie besitzen in ihren Spezialgebieten sowohl theoretische als auch anwendungsorientierte Kenntnisse. Sie verfügen damit über die notwendigen Voraussetzungen, um im Team mit anderen Spezialisten aus dem In- und Ausland auch systemische Zusammenhänge aufzuklären und der Politik bei der Bewältigung großer wirtschaftspolitischer Herausforderungen zu helfen.

Die Autoren

Christoph M. Schmidt (46) ist als Nachfolger von Bert Rürup gerade in den Sachverständigenrat eingezogen. Der Ruf und das Vertrauen in die Prognosekraft der „Wirtschaftsweisen“ haben in der Finanzkrise gelitten. Auf dem Ökonomen Schmidt, Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen, ruht die Erwartung, frischen Wind und Qualität in die Gutachten des höchsten Beratergremiums der Regierung in Wirtschaftsfragen zu bringen. Als Arbeitsmarktforscher verfügt Schmidt dabei über eine Spezialisierung, die jetzt besonders gefragt ist.

Co-Autor **Nils aus dem Moore** (32) ist Referent für wirtschaftspolitische Kommunikation und arbeitet als Wissenschaftler im Bereich „öffentliche Finanzen“ im neuen Berliner Büro des RWI. Der gebürtige Bielefelder leitete zuvor das Wirtschaftsressort des Magazins „Cicero“. Der Diplom-Volkswirt und Diplom-Journalist absolvierte ein durch die Studienstiftung des deutschen Volkes gefördertes sein Doppelstudium in Dortmund, Brüssel und Berlin, sowie ein Volontariat bei der „Welt“. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der empirischen Finanzwissenschaft sowie der Europäischen Integration. (*hig.*)

Text: F.A.Z.

[Beitrag kommentieren](#)
[Lesermeinungen zum Beitrag \[4\]](#)

- [so als wenn Astronomen eine Sonnenfinsternis verpassen... 21. Mai 2009, 23:42](#)
- [VWL quo vadis? 21. Mai 2009, 22:36](#)
- [nicht durchführbaren „idealen“ Zufallsexperiments? Warum denn nicht? 21. Mai 2009, 20:40](#)

[Drucken](#)[Versenden](#)[Speichern](#)[Vorherige Seite](#)
Lesezeichen

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2009.
Alle Rechte vorbehalten.
[Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte erwerben](#)



[Verlagsinformation](#)

[Aktuelle Trends in der Kommunikationsbranche, sowie Tipps für eine vernetzte und zielgerichtete Kommunikation lesen Sie im aktuellen Verlagsspezial „Integrierte Kommunikation“.](#)

Anzeige

	Wie Sie für nur 12,33 Euro im Monat Ihren gewohnten Lebensstandard halten ...		Mit der O2 Mobile Flat mit Handy mtl. 150 Frei-SMS oder 15% Rabatt auf die mtl. Rechnung.!
---	---	---	--

Wirtschaftswissenschaft

Ökonomik in der Vertrauenskrise

Spezial Die Wirtschaftswissenschaft befindet sich, wie die Wirtschaft selbst, in einer Vertrauenskrise. Gerade deshalb ist der aktuelle Trend in der Ökonomik bedenklich: Traditionelle Lehrstühle sollen weichen. Doch es braucht mehr, nicht weniger Ordnungspolitik. Von Philip Plicker

Volkswirtschaftslehre

Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten!



83 Professoren der Volkswirtschaftslehre verfolgen mit Sorge die zunehmenden Bestrebungen, die Lehre von der Wirtschaftspolitik an den Universitäten zurückzudrängen. [Ein Aufruf.](#)

Wirtschaftswissenschaft

Schadet es, wenn Ökonomen rechnen können?



Ist die moderne Wirtschaftswissenschaft zu stark formalisiert? Nein, sagt der Freiburger Ökonom *Thomas P. Gehrig*. Der neue Methodenstreit untergrabe die Glaubwürdigkeit der Volkswirtschaftslehre. [Ein Gastbeitrag.](#)

Wissenschaft

Die Ökonomik ist keine zweite Physik

Wohin entwickelt sich die Ökonomie? Viele Wirtschaftswissenschaftler leben in artifiziellen, scheinengenauen Welten. Doch Wissenschaftlichkeit kann man nicht an den zur Anwendung kommenden mathematischen Fertigkeiten messen. Mit der starken Fomalisierung werden falsche Prioritäten gesetzt. Ein Gastbeitrag von *Viktor Vanberg*.>

Methoden in der Ökonomie

Die Welt ist nicht schwarz oder weiß

Wer die Wirtschaft verstehen will, muss quantitativ arbeiten. Wo sind denn die frischen Einsichten auf dem Feld der Ordnungspolitik, fragen *Rüdiger Bachmann* und *Harald Uhlig*. Hier herrsche nur „gährende Leere“. Ein Gastbeitrag.>

Was ist schiefgelaufen?

Die Ökonomen in der Sinnkrise



Den Crash der Weltwirtschaft hat kaum ein Volkswirt vorhergesehen. Wozu brauchen wir diese Wissenschaft noch? Das Fach sucht nach einem neuen Selbstverständnis. Von *Lisa Nienhaus* und *Christian Siedenbiedel*.>

Debatte

Wie viel Mathe braucht die Wirtschaftswissenschaft?



Wirtschaftswissenschaftler wären gerne auch so exakt wie Naturwissenschaftler. Nur die Fachrichtung der Ordnungsökonomik setzt lieber auf verbale Erklärung statt auf Formeln. Ist ein solches Vorgehen noch zeitgemäß? Zwei Ökonomen debattieren.>

Ökonomie

In Krisen gehen auch Doktrinen unter



Spezial In Wirtschaftskrisen gerät immer auch die herrschende Lehrmeinung der Ökonomen ins Wanken. So war es in den dreißiger Jahren und auch in den Siebziger. Welche neuen Theorien können sich stattdessen durchsetzen? Zu revolutionär dürfen sie nicht sein. Aber kompliziert. Das verschafft Respekt beim akademischen Nachwuchs. Von *Gerald Braunberger*.>

Der Volkswirt

Gefangen in der Formelwelt



Wer heute als Ökonom etwas gelten will, der muss vor allem ein tüchtiger Rechenkünstler sein. Mit immer stärkerer Mathematisierung wollte die Ökonomik einen höheren Grad an Wissenschaftlichkeit erreichen. Kritiker sprechen aber von einer Mathematik-Manie. Ordnungsfragen werden vernachlässigt. Von Philip Plickert

FAZ.NET-Buchshop: Unsere Top-Empfehlung



[Salman Rushdie „Die bezaubernde Florentinerin“](#)

Rushdies Roman ist randvoll mit Geschichten - ein wahres Füllhorn schüttet der wohl phantasiebegabteste Autor beider Welten über uns aus.



[FAZ.NET-Impressum](#)[Die Redaktion](#)[Kodex](#)[Kontakt](#)[Sitemap](#)[Hilfe](#)[Nutzungsbedingungen](#)[Datenschutzerklärung](#)[RSS](#)[Mobil](#)
[Online-Werbung](#)[Anzeigen](#)[Leserportal](#)[Jobs bei der F.A.Z.](#)[Mehr über die F.A.Z.](#)

F.A.Z. Electronic Media GmbH 2001 - 2009

■